

Diplomatischer Schutz durch EG und EU?

Die Berücksichtigung von Individualinteressen
in der europäischen Außenpolitik

Von

Christian Storost



Duncker & Humblot · Berlin
UNIVERSITÄT ST.GALLEN
HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFTS-,
RECHTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN
BIBLIOTHEK

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Das „Odigitria“-Urteil des Europäischen Gerichts Erster Instanz	17
--	----

Erster Teil

Gemeinschaftsrechtliche Befugnis der EG zur Ausübung diplomatischer Schutzrechte	20
A. Diplomatischer Schutz im klassischen Völkerrecht	20
B. Notwendigkeit einer Fortentwicklung	26
C. Anknüpfungspunkte für eine eigenständige Schutzberechtigung der Europäischen Gemeinschaft	27
I. Die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaft im völkerrechtlichen Verkehr	27
1. Staatsbegriff und Europäische Gemeinschaft	28
a) Staatsgewalt	28
b) Staatsgebiet	30
c) Staatsvolk	31
2. Rechtsnatur als gekorenes Völkerrechtssubjekt	36
a) Schwierigkeiten der terminologischen Erfassung	36
b) Die Europäische Gemeinschaft als „supranationale internationale Organisation“	37
II. Abgrenzung zum funktionalen Schutz eigener Bediensteter	40
III. Weitergehende Schutzrechte der EG	43
1. Ermächtigung aus dem Institut der Unionsbürgerschaft	44
2. Ermächtigung kraft ausdrücklicher Kompetenzzuweisung	45
a) Art. 20 EGV	45
b) Art. 46 Grundrechtecharta	48
c) Art. 281 EGV	49
d) Ausdrückliche völkerrechtliche Einzelbefugnisse der EG	51
e) Zwischenergebnis	53
3. Ermächtigung kraft impliziter Kompetenzzuweisung	53
a) Das Konzept impliziter Kompetenzen	54
b) Implizite Außenkompetenzen im Gemeinschaftsrecht	56

aa)	Der klassische Befund und seine Grenzen: Notwendigkeit einer neuen Fragestellung	56
bb)	Verfahrensrechtliche Reichweite impliziter Gemeinschaftskompetenzen	59
	(1) Grundsätzlicher Bestimmungsmaßstab	59
	(2) Bislang anerkannte Reichweite ungeschriebener völkerrechtlicher Handlungsformen der Gemeinschaft...	62
	(a) Im Rahmen vertraglicher Beziehungen.....	62
	(b) Außerhalb vertraglicher Beziehungen.....	67
c)	Diplomatischer Schutz als Anwendungsfall impliziter Gemeinschaftskompetenzen.....	74
aa)	Schutz im Zusammenhang mit der Wahrnehmung vollständig vergemeinschafteter Außenpolitiken	75
	(1) Schutz bei Verletzung von Gemeinschaftsabkommen....	75
	(2) Schutz bei sonstigen Völkerrechtsverletzungen	82
	(3) Verhältnis zu den mitgliedstaatlichen Schutzkompetenzen.....	91
bb)	Schutz im Zusammenhang mit der Wahrnehmung paralleler außenpolitischer Sachzuständigkeiten.....	93
	(1) Grundsätzliche Übertragbarkeit der oben gefundenen Ergebnisse	94
	(2) Diplomatischer Schutz speziell im Rahmen der menschenrechtlichen Außenkompetenzen	96
	(a) Menschenrechtsschutz als parallele außenpolitische Gemeinschaftskompetenz.....	96
	(b) Ableitbarkeit impliziter Schutzkompetenzen in diesem Bereich.....	99
	(aa) Schutz für von der Gemeinschaft finanzierte Menschenrechtsbeobachter.....	99
	(bb) Schutz für individuelle Opfer von Menschenrechtsverletzungen	99
cc)	Schutz außerhalb vergemeinschafteter Außenpolitiken	104
	(1) Grundlagen einer „unterstützenden“ Schutzkompetenz ..	105
	(2) Praktische Fallstudie: Stellvertretende Schutzaktivitäten der Kommissions-Delegationen	110
d)	Diplomatischer Schutz gegenüber den Mitgliedstaaten	112
e)	Zwischenergebnis.....	115
4.	Personelle Reichweite der gemeinschaftlichen Schutzkompetenzen ..	116
5.	Organkompetenzen und Verfahren.....	120
D.	Ergebnisse des ersten Teils.....	124

Zweiter Teil

Die Koordination paralleler Schutzaktivitäten	126
A. Die Koordination mitgliedstaatlicher Schutzaktivitäten im Rahmen der EU	129
I. Diplomatischer Schutz als Teil der GASP.....	129
II. Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Schutzaktivitäten im Rahmen der GASP.....	130
1. Überblick über das Schutzinstrumentarium im EU-Rahmen.....	131
2. Die praktische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in Schutzfragen	132
a) Vorbereitung gemeinsamer Schutzaktivitäten	132
b) Beschlussfassung über gemeinsame Schutzaktivitäten	135
c) Umsetzung der getroffenen Schutzbeschlüsse.....	136
d) Die Rolle des Europäischen Parlaments im Bereich der mitgliedstaatlichen Schutzzusammenarbeit	136
III. Zusammenfassende Praxisstudie: Der Fall Salman Rushdie	138
B. Einbeziehung der EG in die bestehenden Koordinationsmechanismen ..	142
C. Ergebnisse des zweiten Teils	146

Dritter Teil

Völkerrechtliche Rahmenbedingungen des gemeinsamen Schutzsystems	148
A. Völkerrechtliche Zulässigkeit gemeinsamer mitgliedstaatlicher Schutzaktivitäten im Rahmen der GASP	148
I. Reichweite des völkerrechtlichen Nichteinmischungsprinzips.....	149
II. Folgerungen für die gemeinsame Schutzzusammenarbeit im EU-Rahmen.....	150
B. Völkerrechtliche Zulässigkeit einer Beteiligung der EG an diplomatischen Schutzaktivitäten	156
I. Generelle Reichweite der EG-Völkerrechtssubjektivität.....	156
II. Vereinbarkeit von EG-Schutzmaßnahmen mit dem Völkerrecht.....	159
1. Zulässigkeit eigenständiger Schutzaktivitäten.....	159
2. Zulässigkeit unterstützender Schutzaktivitäten zugunsten einzelner Mitgliedstaaten	160
C. Ergebnisse des dritten Teils	163

Vierter Teil

Individuelle Schutzansprüche gegenüber der Europäischen Gemeinschaft?	165
A. Problematik subjektiver Rechte auf diplomatischen Schutz	165
B. Individuelle Schutzbelange im Recht der internationalen Organisationen: Die „klassische“ funktionale Protektion	168
C. Anspruch auf diplomatischen Schutz durch die EG	170
I. Grundrechtliche Schutzansprüche.....	171
1. Die schutzrechtliche Seite der Gemeinschaftsgrundrechte.....	172
a) Abwehrrechtliche Wurzeln der gemeinschaftsrechtlichen Grundrechtsdogmatik	172
b) Ableitbarkeit grundrechtlicher Schutzansprüche im Gemeinschaftsrecht	173
aa) Textbefund	173
bb) Schutzpflichten in der Rechtsprechung des EuGH	176
cc) Grundrechtsdogmatische Überlegungen	178
(1) Ableitbarkeit gemeinschaftsrechtlicher Schutzpflichten ..	178
(2) Existenz eines korrespondierenden subjektiven Rechts auf Schutz	185
c) Zwischenergebnis.....	186
2. Die Behandlung diplomatischer Schutzbegehren in den einzelnen Mitgliedstaaten	187
a) Deutschland.....	188
b) Frankreich	194
c) Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland	199
d) Spanien.....	204
e) Überblick zur Rechtslage in den übrigen Mitgliedstaaten	208
f) Ausblick: Der Beitrag der Beitrittskandidaten zu einem gemeineuropäischen Schutzmodell	216
g) Zwischenergebnis.....	218
3. Art. 20 EGV/Art. 46 Grundrechtecharta als weiterführende Erkenntnisquellen.....	220
4. Ansprüche auf diplomatischen Schutz aus der EMRK.....	222
5. Wertende Zusammenschau: Existenz und Reichweite diplomatischer Schutzansprüche gegenüber der EG	227
a) Ausländische Gefahrenquellen als Teil der gemeinschaftsrechtlichen Schutzpflichtendogmatik.....	228
aa) Primäre Beistandsansprüche	231
bb) Sekundäre Regressansprüche im Falle unzureichender Schutzgewähr	232
b) Justiziabilität von Schutzentscheidungen auf Gemeinschaftsebene	236
aa) Einschlägige Klagemöglichkeiten	236

Inhaltsverzeichnis	11
bb) Außenpolitisch bedingte Nachprüfungsgrenzen	239
II. Sekundärrechtliche und vertragliche Schutzansprüche	245
1. Einschlägige Schutzverordnungen im EG-Außenhandelsrecht	246
2. Schützende Bestimmungen in Gemeinschaftsabkommen?.....	250
D. Ergebnisse des vierten Teils.....	253

Fünfter Teil

Zusammenfassung und Ausblick	256
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse dieser Arbeit	256
B. Ausblick auf den Verfassungsentwurf des Konvents.....	258
Anhang: Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen über die Zuständigkeiten der Kommission und der Mitgliedstaaten im Rahmen von Fischereiabkommen mit Drittländern.....	261
Literaturverzeichnis.....	267
Stichwortverzeichnis	297